

KOMMENTAR



# Genug ist genug

Hagen Strauß zur AfD und dem Eklat im Reichstag: Das Einschleusen von Störern, die Politiker beleidigen, erinnert an die widerlichsten Zeiten

An Pöbeleien unterster Schublade vom rechten Flügel des Plenarsaals hat man sich fast schon gewöhnt. Auch daran, dass die AfD im Bundestag nur selten Konzepte zu wichtigen politischen Fragen vorlegt. Wenn doch, sind sie meist nicht darauf angelegt, das Land voranzubringen. Aber wie erklärte kürzlich der inzwischen geschasste Sprecher der Fraktion das Prinzip seiner Truppe: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser der AfD.“

Genug ist jetzt aber genug. Denn das ist der absolute Tiefpunkt dessen, was man seit der letzten Wahl im Bundestag erlebt hat: Das Einschleusen von bekannten rechten Störern als vermeintlichen „Gästen“, die dann Mitarbeiter und Politiker wie Peter Altmaier derart bedrängen und beleidigen, erinnern an die widerlichsten Zeiten deutscher Parlamentsgeschichte.

Wer so agiert, legt absichtlich die Axt an die Wurzeln des Parlamentarismus und offenbart, wie gleichgültig ihm als Abgeordneter das demokratische System ist. Und damit auch das Grundgesetz. Der will ans Eingemachte. Und wenn Teile der AfD-Führung erneut so tut, als ob man vorher von nichts gewusst habe, so muss man entgegenhalten: Schon seit Tagen kursierten in Chat-Gruppen unter Beteiligung von AfD-Leuten Ankündigungen, dass das geschehen würde, was am Mittwoch geschehen ist. Auch den Partei- und Fraktionsgrößen kann das eigentlich nicht verborgen geblieben sein, so netzaffin, wie sie und ihre Mitarbeiter unterwegs sind.

Der Umstand wirft zugleich die Frage auf, weshalb die Bundestagsverwaltung einfach überrumpelt werden konnte. Das muss ebenfalls lückenlos aufgeklärt werden.

Ja, auch von der politisch linken Seite des Hohen Hauses gelangten Aktivisten schon ins Parlament. Sie machten dann ihrem Protest Luft, warfen Papiergeldscheine von der Zuschauertribüne oder seilten sich vom Dach des Reichstages ab. Auch das war nicht zu tolerieren – und es wurde nicht hingenommen.

Doch der jüngste Vorgang hat eine völlig andere Qualität. Abgeordnete müssen darauf vertrauen können, dass sie sicher sind bei schwierigen Debatten und nicht eingeschüchtert werden; der Bundestag als Verfassungsorgan muss unbedingt geschützter Raum bleiben, damit Gewissensentscheidungen überhaupt möglich sind.

Dieses Prinzip ist mit Füllern getreten worden. Außerhalb der dicken Reichstagsmauern bekommen die Parlamentarier schon genug um die Ohren gehauen. Das darf nicht auch noch nach innen getragen werden. Ohnehin fragt man sich manchmal, warum überhaupt noch jemand den Job machen will.

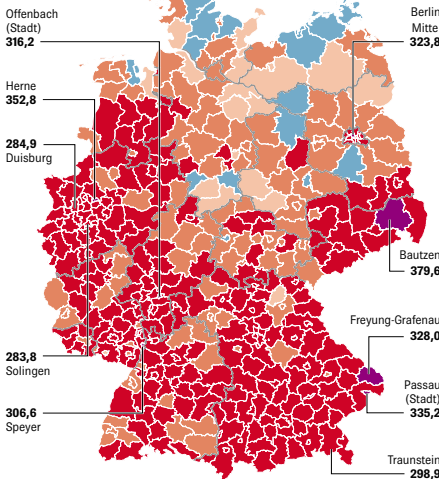
Respekt und Anstand müssen zu den obersten Tugenden von Abgeordneten gehören. Der Ältestenrat tut daher gut daran, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Parlamentarier zu belangen, die für die Eskalation im Reichstag verantwortlich zeichnen. Strafrechtliche Optionen, so sie denn vorhanden sind, müssen dabei erwogen werden.

## Corona-Fälle der letzten 7 Tage

Bestätigte Neuinfektionen je 100.000 Einwohner der vergangenen sieben Tage in den Landkreisen und kreisfreien Städten



davon beschriftet: die 10 höchsten Werte, da in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten Neuinfektionen nachgemeldet werden, können die tatsächlichen Werte vereinzelt höher liegen. Stand: 19. November, 00:00 Uhr. Quelle: RKI, dpa



## PRESSESTIMMEN

Die internationale Presse kommentiert die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, Truppen aus Afghanistan und dem Irak abzuziehen.

„Los Angeles Times“ Diese Entscheidung sollte vom gewählten Präsidenten Joe Biden getroffen werden, der ebenso wie Trump von der Beendigung der „ewigen Kriege“ gesprochen hat. Und sie sollte mit Bedacht und in einer Weise getroffen werden, die kein politisches Kalkül suggeriert.

Es liegt der Verdacht nahe, dass diese Entscheidung Trump in erster Linie erlauben soll, zu behaupten, er habe die Truppen nach Hause gebracht, um diesen Verdienst für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2024 einzustreichen.

„Der Standard“ (Wien) Trump stellt mit der Entscheidung seinen Nachfolger vor Tatsachen: Eine geordnete, abgestimmte Übergabe wird es also auch bei dieser Thematik nicht geben. dpa



Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Mittwoch bei der Verabschiedung des geänderten Infektionsschutzgesetzes.

BILD: DPA

Parlament: Krasse Verstöße gegen die Hausordnung / Sicherheitskräfte griffen nicht ein / Ältestenrat prüft Konsequenzen

# AfD lässt die Pöbler in den Bundestag – jetzt drohen Strafen

Von Miriam Hollstein

Berlin. Es sind befremdliche Videos: Im Reichstag bedrängt eine Frau Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), filmt und beschimpft ihn, bis er sich in einen Fahrstuhl retten kann. Auf anderen Videos ziehen Männer johelnd und pöbelnd durch den Bundestag. Die Aufnahmen entstanden, während das Parlament über das neue Infektionsschutzgesetz diskutierte. Das soll jetzt Folgen haben.

## Übelste Beschimpfungen

Mehrere Medienaktivisten der rechten Szene waren am Mittwoch in den Gebäuden des Bundestags unterwegs. Sie verfolgten Parlamentarier und beleidigten sie. Auf Twitter verbreitete sich vor allem die Szene mit der Verbalattacke gegen Altmaier. Es handelt sich dabei um Rebecca Sommer, die früher unter anderem Beiträge für die rechtspopulistische Website „Tichys Einblick“ geschrieben hatte. Im Video sagt sie über Altmaier: „Er hat kein Gewissen, dieser Mann.“ Dieser entgegnet, er vertrete seine Wähler, die Frau sei Teil einer kleinen Minderheit. Als der Minister den Aufzug betritt, beschimpft ihn Sommer als „Arschloch“. Auf ihrer Facebook-Seite schrieb sie später, sie habe die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt sprechen wollen.

Zu hören ist auf dem Video außerdem der verschwörungsideologi-

sche Youtuber Thorsten Schulte, bekannt als „Silberjunge“. Inzwischen öffentlich nicht mehr zugängliche Videos zeigen außerdem einen weiteren Youtuber aus dem rechten Spektrum, der unter dem Namen Elijah Tee arbeitet. Er sendete eine mehr als einstündige Livestream aus dem Bundestag, filmt verbottenerweise im Keller, in den Gängen zu den Abgeordnetenbüros. Zwei Aktivisten sollen versucht haben, in die Büros der Fraktionsvorsitzenden von Union und SPD, Ralph Brinkhaus und Rolf Mützenich, einzudringen – sie scheiterten aber.

Zugang bekommen hatten Sommer und die anderen über AfD-Abgeordnete. Schulte habe ihn in der vergangenen Woche um einen Besucherausweis für den Mittwoch gebeten, bestätigte der AfD-Abgeordnete Udo Hemmelgarn unserer Redaktion. Rebecca Sommer gelangte nach Informationen unserer Redaktion über den AfD-Abgeordneten Petr Bystron in den Reichstag. Dort war sie teilweise ohne Begleitung unterwegs, was verboten ist. Bystron bestritt, dass sie sein Gast war. Außerdem soll der AfD-Abgeordnete Hansjörg Müller laut einem Sicherheitsbericht der Bundestagspolizei die Aktivistin Daniela Scheible ins Gebäude gelassen haben.

Die Hausordnung des Bundestags hat die Sechs-Personen-Regel: Ihr zufolge können Abgeordnete jeweils sechs unangemeldete Personen mit ins Haus nehmen, ohne dass

## Appell an Schäuble

Union und SPD haben nach den Pöbeleien im Bundestag für diesen Freitag eine **Aktuelle Stunde** zu den Vorfällen beantragt.

Über 120 Abgeordnete forderten zudem Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in einem **Brief** auf, „Maßnahmen zu ergreifen, die zukünftig solche Situationen unmöglich machen“. Initiator war der CDU-Parlamentarier Kai Whittaker.

Die beiden AfD-Fraktionschefs **Alice Weidel** und **Alexander Gauland** veröffentlichten am Donnerstag eine Erklärung, in der sie das Verhalten der Aktivisten als „inakzeptabel“ bedauerten. **EB**

deren Personalien erfasst werden. Normalerweise muss jeder Gast angemeldet werden. Die Bundestagspolizei überprüft dann, ob gegen die Person etwas vorliegt, bevor ihr Zutritt gewährt wird. Diese Sechs-Personen-Regel war für den Tag der Debatte um das Infektionsschutzgesetz allerdings außer Kraft gesetzt. Alle Besucher mussten angemeldet werden. Gäste erhalten einen orangefarbenen Ausweis. Anders als Journalisten dürfen sie sich in den Räumen des Bundestags nicht allein, sondern nur in Begleitung des Abgeordneten oder seiner Mitarbeiter bewegen. Filmaufnahmen dürfen sie nur ma-

chen, wenn diese im Zusammenhang mit der Arbeit des Abgeordneten stehen. Andere Abgeordnete dürfen nicht gefilmt werden.

Für die Sicherheit im Bundestag ist die Bundestagspolizei zuständig. Wird ihr ein Verstoß gegen die Hausordnung gemeldet, kann sie den Gast des Gebäudes verweisen. Nach Informationen unserer Redaktion gab es allerdings am Mittwoch zunächst keine Meldung. Auch Altmaier wandte sich nicht an die Bundestagspolizei. Für Kritik sorgte, dass aus dem Video ein Polizist zu sehen ist, der nicht eingriff.

## Im Extremfall Gefängnis

Am Donnerstag beschloss der Ältestenrat des Bundestags, strafrechtliche Konsequenzen wegen der Vorfälle zu prüfen. Ein rechtlicher Hebel ist Paragraph 106 des Strafgesetzbuches. Demnach kann die Behinderung oder Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans „mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft“ werden. Auf Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans oder der Regierung wie im Fall von Altmaier steht sogar eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren. Die AfD-Abgeordneten, die den Störern Zugang verschafft hatten, könnten sich der Beihilfe schuldig gemacht haben. Außerdem wird geprüft, ein Hausverbot gegen die vier Besucher auszusprechen, die zum Teil bereits vorher auffällig geworden waren.

Interview: Wirtschaftsminister Altmaier äußert Verständnis für Demonstrationen, kritisiert aber, dass Abgeordnete bedrängt wurden

# „Ich bin ja nicht von schlechten Eltern“

Von Hagen Strauß

## Der Saarländer im Kabinett

Peter Altmaier (Bild) wurde am 18. Juni 1958 in **Endorf** (Saarland) geboren.

Der CDU-Politiker ist seit März 2018 **Bundeswirtschaftsminister** in der schwarz-roten Koalition. Davor war Altmaier – seit 2013 – Kanzleramtschef und zusätzlich Minister für besondere Aufgaben. **was** (BILD: DPA)



auf dem Video sehen kann, in allen Ehren, waren Sie nicht besorgt um Ihre Sicherheit?

**Altmaier:** Ich kann mit so was umgehen und verliere nicht so leicht die Fassung. Mich bedrückt aber sehr, dass offenbar andere Kollegen bedrängt wurden, die sich nicht so leicht damit tun. Nein, ich hatte keine Angst. Es waren ja auch andere in der Nähe, und ich bin ja nicht von schlechten Eltern.

Draußen vor dem Parlament gab es viele Proteste. Haben Sie auch Verständnis für die Angst vor zu viel staatlicher Macht in der Pandemie?

**Altmaier:** Natürlich habe ich Verständnis für Protest und Demonstrationen. Wir leben in einem Rechtsstaat, und Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind hohe Verfassungsgüter. Aber auch bei Demonstrationen müssen die Hygiene-Regeln eingehalten werden – und dazu gehört derzeit das Tragen einer Maske. Dabei geht es ja vor allem auch um den Schutz der Gesundheit der Schwächeren in unserer Gesellschaft. Fakt ist nun mal, dass die Infektionszahlen derzeit viel zu hoch sind und wir alle noch ein wenig durchhalten und Disziplin üben müssen, wenn wir die Belegschaft und Platzkapazitäten auf den Intensivstationen nicht überlasten wollen.

Offenbar haben AfD-Abgeordnete die Störer in den Reichstag eingeschleust. Ist die Partei ein Sicherheitsrisiko für den Bundestag?

**Altmaier:** Mit diesem Vorwurf befasst sich jetzt der Ältestenrat des Bundestags. Die Berichte, dass Besucher in Büros von Bundestagsabgeordneten eingedrungen sind, sind erschreckend. Das ist kein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung!

saarländischen Wählerinnen und Wählern und meinem Gewissen verpflichtet. Ich erlebe bei der großen Mehrheit der Bevölkerung viel Verständnis für die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Schutz unserer Gesundheit.

Ihre Gelassenheit, die man auch